

Arbeitsplätze, die durch den Green Deal entstehen sollen, und sie in Bayern ansiedeln. Wir müssen die Chance nutzen und zu einem Green Deal, der Technologie, aber auch Innovationen in Bayern fördert Ja sagen.

Wir tun das auch; wir haben die Nase vorn. Wenn ich allein den Bereich der Wasserstofftechnologie nehme: Bayern ist in diesem Bereich mit federführend, und deswegen haben wir die Chance, ein großes Stück vom Kuchen des Green Deal zu bekommen. Wenn Sie sich an der Zukunft Bayerns versündigen, dann tun Sie das, indem Sie zum Green Deal Nein sagen.

Wir müssen den Green Deal differenziert betrachten; da stimme ich Ihnen zu. Auch die Taxonomie sehe ich sehr kritisch. Aber beteiligen wir uns doch bitte schön jetzt an dem seit gestern von der Kommission bis Mitte Dezember freigeschalteten Konzessionsverfahren und sagen, was von diesem Green Deal wir nicht wollen, was daran nicht passt und was wir korrigiert haben wollen. Das wäre eine konstruktive Politik, anstatt einfach immer nur zu sagen, was die EU bringt sei schlecht; denn das stimmt einfach nicht!

Es stehen unglaublich viel Geld und Innovationen dahinter, und das ist eine große Chance für Bayern, die wir nutzen sollten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die Fraktion der SPD der Vizepräsident Markus Rinderspacher. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit jedem Jahr steigt die Temperatur der Atmosphäre, und mit jedem Jahr verändert sich das Klima. Eine Million der acht Millionen Arten auf unserem Planeten droht zu verschwinden. Wälder und Ozeane werden verschmutzt und zerstört. Das ist in Anlehnung an Papst Franziskus das Ergebnis einer Wirtschaft, die tötet. Es ist ein Kapitalismus, der gegenüber künftigen Generationen, aber auch schon heute gegenüber den Ärmern in unserer Gesellschaft und unserer Umwelt rücksichtslos ist.

Das vielerorten nahezu schrankenlose und uneingeschränkte Primat des Profits ist zerstörerisch. "Profit zuerst" ist die Überschrift einer fehlerbehafteten politischen Epoche, in der natürliche Ressourcen ebenso wie die menschliche Arbeitskraft rücksichtslos ausgebeutet werden. Das ist das Zeitalter von Neoliberalismus, Deregulierung und unkritischer Marktgläubigkeit, und dieses Zeitalter muss ein Ende haben.

(Beifall bei der SPD)

Der Planet braucht eine Umkehr. Wenn sich die vorherrschende Situation fortsetzt, werden sich die Bedingungen der Ungleichheit und der Armut in der Welt ebenso vertiefen, wie sich der Klimawandel unaufhaltsam fortentwickeln wird. Wir brauchen deshalb neue menschen- und umweltfreundliche Wirtschaftsmodelle, die von einer nachhaltigen Entwicklung und Wertschöpfung, von sozialer Gerechtigkeit, von Demokratie und von Menschenrechten getragen werden. Wirtschaftlicher Fortschritt und ökologische Verantwortung dürfen keine Gegensätze sein oder gar gegeneinander ausgespielt werden. Daher begrüßen wir einen sozialen Green Deal.

Wir brauchen Investitionen in klimafreundlichere Infrastrukturen und eine angemessene CO₂-Bepreisung. Denn nachhaltige Investitionen schonen nicht nur das Klima und fördern die Artenvielfalt, sondern ein sozialer Green Deal macht unsere Volkswirtschaften stärker und unsere Industrien effizienter und zukunftsfester. Man

denke an nachhaltige Investitionen in zukunftssichere Energien, in umweltverträgliche Verkehrssysteme, in die Modernisierung unserer Industrie und in die Modernisierung unserer Kommunen sowie Investitionen in faire und gesunde Lebensmittel.

Wir bedauern, dass die bisherigen Beschlüsse zur EU-Agrarreform nicht den notwendigen Beitrag zum Green Deal leisten. Der Anteil der Landwirtschaft am Gesamtausstoß der Treibhausgase liegt in Deutschland und Europa bei über 10 %, und der angekündigte Systemwechsel in diesem Bereich ist leider völlig ausgeblieben. Wir sehen hier einen dringenden Nachbesserungsbedarf.

Es geht um Klimaschutz, Innovation und Beschäftigung. Die Post-Corona-Welt hat die Chance, eine andere zu sein als die bisherige Welt. Sie hat die Chance, sozialer, gemeinwohlorientierter, innovativer und nachhaltiger zu sein. Nutzen wir diese Chance mit dem sozialen Green Deal, damit sich unser Kontinent grundlegend modernisiert.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Sebastian Körber. Herr Kollege Körber, Sie haben das Wort.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Böhm, vorweg: Sie sprachen von Rotweinstaaen. Ich habe gerade versucht, das im Internet zu recherchieren, denn es hat sich mir noch nicht erschlossen, was Sie damit meinen. Ihre Partei scheint den Begriff häufiger für geografisch in bestimmter Weise angeordnete Länder zu verwenden, die offenkundig Rotwein produzieren. Ich weiß nicht, ob ich jetzt Nachhilfe in Geografie oder in Önologie geben muss: Auch in Deutschland werden hervorragende Rotweine produziert, zum Beispiel in Unterfranken. Ich weiß daher nicht, was Sie damit meinen, aber das nur am Rande.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte, ähnlich wie der Kollege Siekmann, den einen oder anderen inhaltlichen Aspekt Ihres Antrags beleuchten. Grundsätzlich stehen wir dem Green Deal noch neutral gegenüber. Ich weiß auch nicht, wo Sie Ihre Glaskugel herhaben. Ich kenne die Details nicht, aber vielleicht haben Sie sie schon irgendwelchen Theorien entnommen oder sie irgendwo gelesen, gesehen gehört; das weiß ich nicht.

Primär kommt es jetzt erst einmal darauf an, wie man das Ganze ausgestaltet, und diesbezüglich gibt es außer großen Ankündigungen auch bei der EU-Kommission noch keine Details. Deswegen ist da der Inhalt einfach zu wenig.

Positiv finden wir bei dieser ganzen Angelegenheit allerdings, dass es Ausweitungen des Emissionshandels geben soll, welcher perspektivisch gerade die Sektoren der Gebäude und des Verkehrs einschließen soll. Das ist sicherlich positiv. Sie sprechen hingegen von einem Kostentreiber für die Preise von konventionellen Energien. Mir erschließt sich nicht, dass diese Preise steigen; das ist für mich in sich unlogisch.

Sie wollen diese Kostentreiber bekämpfen, und weil Sie auch von Marktwirtschaft gesprochen haben – das machen Sie immer gerne –: Das ist doch eine marktwirtschaftliche Ausgestaltung, und das könnten Sie doch eigentlich positiv finden. Ich verstehe daher nicht, wie Sie zu diesem Ergebnis kommen.

Auch wir wollen nicht, dass erneuerbare Energien mit Steuergeldern weiter gefördert werden. Hier können wir aber noch um die besten Lösungen streiten. Wir bestreiten auf jeden Fall nicht, dass in der Realwirtschaft ein Bedarf an solchen Tech-